PRESSEMITTEILUNG

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Redwitz, 16. November 2018
PM 115-18/LFG
Energie

Protestaktion anlässlich des Besuchs von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in Redwitz an der Rodach

Stoppt Stromautobahnen: keine 380 kV Ersatzleitung P44 mod, keine HGÜ SuedOst-Link, keine HGÜ SuedLink!
Bayern benötigt die dezentrale Energiewende mit Erneuerbaren Energien!

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier besucht am heutigen Freitag die von den Planungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Diese machen bei einer eindrucksvollen Kundgebung deutlich, dass die Planungen für die Stromautobahnen einer dezentralen Bürgerenergiewende im Weg stehen.

Hierzu erklärt Anton Reinhardt, Vorsitzender der Kreisgruppe Lichtenfels des BUND Naturschutz in Bayern e.V.: „Dezentral, regional und lokal geht die Energiewende einfacher, preiswerter und umweltfreundlicher. Die Zukunft für den Klimaschutz lautet Ausbau der Windenergie, der Sonnenergie, von dezentraler flexibler Kraftwärmekopplung und von Batteriespeichern. Dies sind lokale und regionale Technologien. Die technische Anbindung und Vernetzung erfolgt im regionalen Verteilernetz. Bereits heute setzen wir hier im Landkreis Lichtenfels reale Projekte der dezentralen Energiewende um. Gute Beispiele sind Blockheizkraftwerke, wie im Gymnasium Lichtenfels, wie im Landratsamt Lichtenfels, wie in der Obermain-Therme Bad Staffelstein oder wie im Bezirksklinikum Kutzenberg! Wir benötigen keine Ersatzleitungen, wie die 380 Kilovolt Leitung P44 mod - egal in welcher Variante, denn wir benötigen die Stromautobahnen HGÜ SuedOstLink und HGÜ Suedlink nicht! Wir lehnen diese Planungen insgesamt ab!“

„Von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier fordern wir den Umbau unseres Energiewirtschaftssystems für den Klimaschutz. Klimaschutz erfordert Energiesparen und dies bedeutet die Halbierung unserer Energieverbräuche. In Zukunft muss die von uns verbrauchte Energie zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien kommen – vorwiegend aus Windenergie und Sonnenenergie, unterstützt durch flexible Kraft-Wärme-Kopplung und Batteriespeicher. Diese neuen dezentralen Technologien benötigen neue Rahmen und neue unterstützende Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz. Das sind die neuen Aufgaben, die wir heute mit Bundesminister Altmaier diskutieren

müssen. Deutschland benötigt ein Energiewirtschaftssystem, das deutlich und massiv dezentrale Elemente enthält. Das ist eine Aufgabe, die die Bundesregierung endlich anpacken muss!"!" so **Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz beim BUND Naturschutz in Bayern e.V.**

Klimaschutz und Dezentrale Energiewende in Bayern benötigen keine Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen HGÜ SuedOstLink oder HGÜ SuedLink in Bayern, und benötigen ebenso nicht deren Ersatzleitungen, wie die geplanten 380 Kilovolt Leitungen Projekt P43 und P44 (mod), in deren verschiedenen Varianten. Bayern benötigt ein neues Konzept dezentraler und flexibler Energieerzeugung in der Hand von Bürgerinnen, Bürgern und Kommunen! Wind und Sonne liefern Strom regional und lokal – sie benötigen ein dezentrales Energiekonzept. Nur eine Optimierung der Verteilnetze (Strom und Gas) und die massive Investition in Speichertechniken können die dezentrale Energieversorgung sicherstellen.

Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. fordert

- den Stopp des zentralistischen und intransparenten Planungsverfahrens zur Netzentwicklung (NEP), und eine grundlegende Neuerstellung einer gemeinsamen Strom- und Gas-Energienetzplanung,
- hierfür müssen dezentrale und regionale Energiekonzepte umgesetzt und ein neues Strommarktdesign entwickelt werden, das den Ausbau der regionalen Verteilnetze im Blick hat, aber die Übertragungsnetze minimiert,
- einen Vorrang für dezentrale Energiekonzepte in der Hand von Kommunen und von Bürgerinnen und Bürgern,
- konkrete Programme zum Energiesparen,
- konkrete Programme zur regionalen Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie,
- die Versorgungssicherheit mit Strom mit Batteriespeichern, sowie mit Konzepten der flexiblen und effizienten Nutzung von Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung zu unterstützen!

Der BUND Naturschutz in Bayern e.V.

- lehnt den Aktionsplan Stromnetz und den vorliegenden Entwurf des Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus ab,
- begrüßt Vereinfachungen bei Maßnahmen zur „Netz-Optimierung-Vor-Ausbau" (NOVA-Maßnahmen) im Netzausbau – vorausgesetzt, es kann nachgewiesen werden, dass die Maßnahmen nicht zur Unterstützung neuer HGÜ dienen,

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Redwitz, 16. November 2018
PM 115-18/LFG
Energie

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Redwitz, 16. November 2018
PM 115-18/LFG

Energie

- unterstützt Maßnahmen zu Optimierung und höherer Auslastung der Bestandsnetze, und fordert, dass Maßnahmen wie Temperaturmonitoring, Zubeseilung und Umbeseilung durch Hochtemperaturseile und Phasenschieber vermehrt eingesetzt werden zur besseren und flexibleren Auslastung bestehender Stromnetze: diese sind derzeit im Durchschnitt nur zu ca. 15 Prozent ausgelastet und Engpässe treten nur an wenigen Stunden im Jahr auf; bisher fehlen Schritte, um die Potentiale zur besseren Auslastung der Verteilnetze zur Entlastung des Übertragungsnetzes zu erschließen,
- lehnt die Einschränkung von Rechten von Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Bundesländern ab und fordert eine transparente und offene Stromnetzplanung, die durch die Nutzung zahlreicher Optionen, insbesondere des flexiblen Betriebes von dezentralen Anlagen und deren Organisation in regionalen Strommärkten geprägt ist,
- fordert Ansätze, den Stromnetzbetrieb besser auf regionaler Ebene auszuregeln, z.B. durch den Einsatz und Förderung dezentraler flexibler Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung,
- lehnt einen weitgehenden „Verzicht“ auf eine Bundesfachplanung strikt ab, wie dieser z.B. bei Ersatzneubau und Parallelneubau neu vorgesehen wird, denn dies würde bedeuten, dass ein wesentlicher Planungsschritt, verbunden mit einer strategischen Umweltweltprüfung, entfallen würde, und entfiele die wesentliche Möglichkeit zur Einbringung und Prüfung von „vernünftigen Alternativen“ im Sinne des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes,
- lehnt die geplanten erheblichen Einschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung, den Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfung und auf eine fachliche Raumordnungsplanung grundlegend ab.

Pressekontakt für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz,
BUND Naturschutz in Bayern e.V.
Tel.: 0151-5048-9963